

Absender:

.....
.....
.....

Datum:

An das
Amtsgericht Schöneberg
Grunewaldstr. 66/67
10823 Berlin

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

Antragsteller/in:

Frau Herr

Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Telefon	

g e g e n

Antragsgegner/in:

Frau Herr

Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Telefon	

Durch einstweilige Anordnung soll

- gemäß § 2 Gewaltschutzgesetz (GewSchG) bestimmt werden, dass d. Antragsgegner/in vorläufig die gemeinsam genutzte Wohnung in
-
sofort zu verlassen hat, diese d. Antragstellerin/Antragsteller sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen und dass sämtliche zur Wohnung gehörende Schlüssel an d. Antragsteller/in herauszugeben hat.
- gemäß § 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG) bestimmt werden, dass d. Antragsgegner/in es vorläufig zu unterlassen hat, die Wohnung d. Antragstellerin/Antragstellers in
-
zu betreten und sich im Umkreis von 50 Metern der Wohnung d. Antragstellerin/Antragstellers
- sich der Arbeitsstelle d. Antragstellerin/Antragstellers in
-
auf eine Entfernung von weniger als 50 Meter zu nähern.
- in irgendeiner Form Verbindung zur/zum Antragstellerin/Antragstellers etwa durch Ansprache, Telefon, Fax, E-Mail oder SMS aufzunehmen.
- sonst ein Zusammentreffen mit d. Antragstellerin/Antragstellers herbeizuführen und sich d. Antragstellerin/Antragstellers weniger als 50 Meter zu nähern bzw. bei einem zufälligen Zusammentreffen diesen Abstand nicht sofort wieder herzustellen.
- D. Antragsteller/in wird Verfahrenskostenhilfe bewilligt.
Die entsprechenden Unterlagen
- werden unaufgefordert nachgereicht.
 - liegen an.

Gründe:

- Zur Schilderung des aktuellen Vorfalls** verweise ich auf die beigefügte Anlage.
- Ich habe am Anzeige bei der Polizei wegen
-
erstattet
- am
abgegeben. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.
- Die Vorgangsnummer lautet:
- Eine Kopie der Bestätigung der Aufnahme der Anzeige
- reiche ich unaufgefordert nach
 - habe ich beigefügt.

Die Polizei hat ein Betretungsverbot der Wohnung für d. Antragsgeber/in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

JA, bis zum NEIN

Ich lebe mit d. Antragsgegner/in dauerhaft zusammen.

JA, seit dem NEIN

JA, aber seit dem nicht mehr.

Vor dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall gab es bereits Probleme.

D. Antragsgegner/in hat mich in der Vergangenheit

geschlagen Wann

Wie häufig

Verletzungen

bedroht / belästigt Wann

Wie häufig

Art der Bedrohung /

welche Worte

.....

Feld zur Niederschrift der Gründe (aktueller Vorfall):

Wann fand der aktuelle Vorfall statt?
Wo fand er statt?
.....
.....
.....

Feld zur Niederschrift der Gründe

Wie sieht die aktuelle Belästigung aus? – bitte genau schildern –
(z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, wohin, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen wohin; verbale Bedrohung mündlich oder/ und in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

Ich reiche folgende Anlagen als Beweis ein:

ärztliches Attest vom

Sonstiges:

.....

.....

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Gesetzestext der §§ 156, 161 Strafgesetzbuch:

§ 156

Wer vor einer zu Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

§ 161

- (1) Wenn eine der in den §§ 154 bis 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.
- (2) Straflosigkeit tritt ein, wenn der Täter die falsche Angabe rechtzeitig berichtigt. Die Vorschriften des § 158 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

(Unterschrift Antragsteller/in)